

***Ein gesellschaftspolitischer Essay zu den heutigen
Notwendigkeiten und Möglichkeiten der
Demokratieförderung***

Harald Welzer

Aus: Erich Marks (Hrsg.):
Prävention & Demokratieförderung
Gutachterliche Stellungnahmen zum
24. Deutschen Präventionstag
Forum Verlag Godesberg GmbH 2019, Seite 73-100

978-3-96410-004-7 (Printausgabe)
978-3-96410-005-4 (eBook)

Inhaltsverzeichnis

- 0. Vorbemerkung**
- 1. Das Paradox der Demokratie**
- 2. Demokratiegefährdungen**
- 3. Das zivilisatorische Projekt der Demokratie**
- 4. Soziale Ungleichheit**
 - Ad. 1: Die kulturelle Praxis
 - Ad. 2: Die kommunikative Praxis
 - Ad. 3: Die politisch-pädagogische Praxis
- 5. Zusammenfassung**

0. Vorbemerkung

Das vorliegende Paper ist weniger ein Gutachten, als ein gesellschaftspolitischer Essay mit Blick auf heutige Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Demokratieförderung. Gerade in Zeiten, da die Demokratie, wie in der Bundesrepublik und mehr noch in Österreich, in einer langanhaltenden Phase wirtschaftlicher Hochkonjunktur unter Druck gerät, herrscht Mangel an überzeugenden Deutungen ebenso wie an gesicherter Empirie. Das Papier wählt daher einen essayistisch-phänomenologischen Zugang, um einige Vorschläge zu entwickeln, wie man Demokratieförderung unter den gegenwärtigen Bedingungen zu denken hätte.

1. Das Paradox der Demokratie

Der freiheitliche Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. So hat es der Verfassungsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde formuliert. Er meint damit, dass Demokratie nur unter der Voraussetzung existieren kann, dass die Mitglieder einer Gesellschaft sich selbst und dieser Gesellschaft Vertrauen entgegenbringen und Verantwortung übernehmen. Einfach formuliert: Die Bürgerinnen und Bürger müssen das sichere Gefühl haben, dass sie Teil von etwas sind, von dem die anderen auch ein Teil sind. Das stiftet den für eine Demokratie notwendigen gesellschaftlichen Zusammenhalt, und der kann durch Gesetze und Verordnungen nicht vorgeschrieben werden. Denn ein freiheitlicher Staat kann, wiederum mit Böckenförde, „nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert.“

Eine sich von selbst verstehende Wertebasis, die „moralische Substanz“, ist der Boden, auf dem der freiheitliche Staat gebaut ist. Das heißt, die Gesellschaft muss sich selbst um etwas basal Gemeinsames zentrieren: um Werte, die jenseits von Ethikkommissionen und Sonntagsreden als Gerechtigkeit und Teilhabe, als praktizierte Chancengleichheit und Solidarität erlebt werden.

Und eine Demokratie braucht Anlässe, in denen erlebbar ist, dass alle zeitgleich am selben Akt der Vergemeinschaftung teilhaben. Das ist sozialpsychologisch betrachtet alles andere als trivial: In der westlichen Nachkriegszeit waren es nicht nur das Wirtschaftswunder und der „Fahrstuhleffekt“ des sozialen Aufstiegs, für den die spektakulären Wachstumsraten und die soziale Marktwirtschaft sorgten, die die

notwendige Systemzustimmung sicherstellten. Es waren auch Fernsehereignisse von den sogenannten „Straßenfegern“, die jeder gesehen haben musste, der am nächsten Tag mitreden können wollte, bis hin zum kollektiv erlebten Boxkampf zwischen Muhammed Ali und George Foreman oder zur Mondlandung, die soziale Gemeinsamkeit stifteten. Im Unterschied zu heute, wo jede und jeder zu den verschiedensten Zeiten unterschiedliche Dinge in unterschiedlichen Perspektiven sehen kann, waren solche Medienereignisse reale Vergemeinschaftungen, und sie trugen als Erlebnis zu jener „Homogenität der Gesellschaft“ bei, von der Böckenförde spricht.

Demokratie ist mithin eine paradoxe Form von Gesellschaft: Sie kann Zusammenhalt nur sicherstellen, wenn diese jenseits der Verfassung schon existiert. Um die grundsätzlich gegebene Spannung zwischen individuellen und kollektiven Interessen produktiv halten zu können, bedarf es eines Mindestmaßes nicht nur an materiellen, sondern vor allem an gefühlten Zusammenhalts. Dieser scheint in der Gegenwart selbst zugunsten fragmentierter Gemeinschaften abzunehmen.

Demokratie setzt ferner ein bestimmtes Menschenbild voraus: das des autonom urteilsfähigen, selbstbestimmten Individuums. Autonomie ist, so würden die meisten Menschen in modernen Gesellschaften nach einigem Nachdenken sagen, unverzichtbar für ein sinnvolles, selbstbestimmtes Leben. Sie halten Autonomie für erstrebenswert, weil sie Freiheitsspielräume zum selbst Denken, selbst Entscheiden, ja, zum selbst Leben eröffnet. Autonome Menschen können zum Beispiel selbst entscheiden, welche Ausbildung sie machen, welchen Beruf sie wählen und mit welchem Partner sie ihr Leben oder Teile davon verbringen wollen. Autonomie kann auch die Fähigkeit sein, sich nach eigenen Prinzipien zu verhalten, vor allem dann, wenn dazu Widerstände zu überwinden sind; darin scheint der Grund für unsere Faszination gegenüber Menschen zu liegen, die richtige Entscheidungen einsam, gegen erhebliche Widerstände treffen, wie Georg Elser oder die Geschwister Scholl.

Und hier begegnet man einem weiteren Paradox der Demokratie: Autonome Menschen sind ja nicht Querulanten, die mit nichts zufrieden sind, oder Gesetzlose, die nur ihren eigenen Regeln folgen. Offenbar sind sie ganz im Gegenteil Menschen, die von der Notwendigkeit des Handelns nach Werten so überzeugt sind, dass sie sie auch um den Preis des eigenen Lebens zu verteidigen bereit sind. Autonomie, heißt das, erfordert einen normativen Rahmen, der weit über das Individuum hinausgeht; aber dieser normative Rahmen ist am Ende nur auf-

rechtzuerhalten, wenn genügend Individuen in seinem Sinn autonom entscheiden und handeln können – und vor allem dazu auch bereit sind.

Dieses Paradox der Autonomie ist ein weiteres konstitutives Paradox der modernen Gesellschaft. Denn diese setzt ja, wie gesagt, das autonom urteilsfähige Subjekt voraus – andernfalls könnte niemand auch nur sein Kreuzchen auf dem Wahlzettel machen. Genau deshalb ist Menschenbild und Bildungsziel in solchen Gesellschaften immer das freie und nur seinem eigenen Urteil folgende Subjekt. Umgekehrt legt jede demokratische Gesellschaft ihren Mitgliedern eine Reihe von Verpflichtungen und Beschränkungen auf – also Grenzen, jenseits derer sie gerade nicht autonom handeln können. Diese Grenzen sind juristisch definiert, aber natürlich auch informell festgelegt, in Sitten und Gebräuchen, Anstandsregeln und Traditionen.

Was wir heute unter Autonomie verstehen, hat sich in einem langen historischen Prozess herausgebildet. Dieser Prozess vergrößert einerseits die Spielräume, die Gesellschaften ihren Mitgliedern bieten: Traditionale Gesellschaften in vergangenen Epochen boten in der Regel keine oder nur sehr wenig Alternativen, was Lebensführung, Beruf, die Wahl des Partners oder den Wohnort betraf – der Sohn des Schmieds wurde Schmied; niemand wäre auf die Idee gekommen, dass das anders sein könnte. Heute, in einer hochindividualisierten Gesellschaft, gilt das eher als Ausnahme – die Bildungs- und Karrierewege sind, zumindest in der Theorie, offen und unabhängig von dem, was die Eltern machen. Und auch, was das Private angeht, hätten wir in einer von totaler Übersichtlichkeit geprägten traditionellen Gesellschaft kaum die Möglichkeit, ungesehen etwas zu tun; die Moderne hingegen hat das „private Leben“ im Gegensatz zur öffentlichen Existenz etabliert, das von außen nicht einsehbar ist. Privatheit ist eine Bedingung von Freiheit; sie droht allerdings in digitalen Zeiten in „smart homes“ und „smart cities“, ausspioniert von Alexa, zu verschwinden.

Der zivilisatorische Prozess erweitert nicht nur sukzessive die objektiven Möglichkeiten für autonomes Handeln, er verändert auch die Erwartung, wieviel Autonomie einem Individuum zusteht. Immanuel Kant hat diese Erwartung zugleich mit der Definition der Aufklärung in eine Aufforderung übersetzt: Habe Mut, Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen! Aber auch die Idee der aufgeklärten, also vernunftgeleiteten und rechtsstaatlich organisierten Gesellschaft setzt dieser autonomen Bedienung des Verstandes Grenzen – würde sie das nicht tun, wäre sie nicht in der Lage, Freiheit (als gesellschaftlichen

Handlungsraum) und Autonomie (als individuellen Handlungsraum) zu gewährleisten. Der autonome Mensch setzt eine Gesellschaft voraus, die autonomes Handeln möglich macht, aber auch erwartet.

Auch aus diesem konstitutiven Paradox ergibt sich ein Verhältnis zwischen dem Kollektiv der Gesellschaftsmitglieder und den einzelnen, das die demokratische Gesellschaft unter Spannung hält.

2. Demokratiegefährdungen

Aus den skizzierten Paradoxien ergibt sich, dass eine Demokratie prinzipiell nie einen stabilen Zustand erreichen kann, sondern sich immer nur dynamisch stabilisiert, indem sie die notwendige Spannung aufrechterhält. In diesem Sinn ist eine liberale Demokratie immer auch eine Zumutung für Menschen, die viel Orientierung, Halt, Anweisung brauchen. Erich Fromm hat in den 1940er Jahren das maßgebliche Buch dazu geschrieben – es heißt „Furcht vor der Freiheit“ (i.O. „Escape from Freedom“).¹ Fromm macht klar, dass Freiheit nicht nur als Entlastung, also als Freiheit von Zwang, erlebt wird, sondern auch als Belastung, die aus der permanenten Anforderung resultiert, selbst urteilen und Verantwortung übernehmen zu sollen.

Die Attraktivität von autokratischen und totalitären Gesellschaften liegt für viele Menschen exakt in dieser Entlastung von Autonomie und Freiheit, und dem Aufgehen in einem „Volkswillen“ oder einem nach Kriterien der Zugehörigkeit definierten Kollektiv. Besonders attraktiv ist die Flucht vor der Freiheit demgemäß für Menschen, die aufgrund ihrer sozialen und mentalen Lage besonders großen Orientierungsbedarf haben, oder anders gesagt: in scheinbar unsicheren Zeiten besonders viel Vergemeinschaftung und Suspendierung von eigener Verantwortung brauchen. Genauso wie Fromm haben Hannah Arendt und Sebastian Haffner die größte Gefahr für die freiheitliche Gesellschaft in der Heimatlosigkeit der Massenindividuen gesehen.² Wenn man nirgends dazugehört, hat man eben das unerfüllte Bedürfnis, irgendwo dazu zu gehören. Und schließt sich dort an, wo das möglich scheint. Die Politik der Identität und der Angst, wie sie gegenwärtig innerhalb der Demokratien erfolgreich ist, setzt auf kulturell und mental heimatlose Menschen. Sie bietet Entlastung durch Unfreiheit.

¹ Erich Fromm, *Die Furcht vor der Freiheit*. München: dtv 1993.

² Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. München: Piper 1991; Sebastian Haffner, *Geschichte eines Deutschen*. München: Pantheon 2014.

Was ist dagegen Demokratie? „Ein von Furcht freier wohlmeinender Streit um die Optimierung der Mittel beim Streben nach Gemeinwohl.“ (Peter Sloterdijk) Genau gegen diese Freiheit von Furcht opponiert die Politik der Angst, wie sie insbesondere vom Rechtspopulismus vorgetragen wird.

3. Das zivilisatorische Projekt der Demokratie

Die Frage nach Prävention und Demokratieförderung stand am Beginn der Bundesrepublik und war in gewissem Sinn auch die leitende Fragestellung bei der Formulierung des Grundgesetzes. Im Kern ist es ja die Frage nach der Sicherstellung von Systemzustimmung, und diese stand in besonderer Weise in den westlichen Gesellschaften der Nachkriegszeit, also vor etwa 70 Jahren, im Zentrum der Staatsbildung. Das totalitäre nationalsozialistische Regime war gerade in einem unfassbaren Inferno von Gewalt untergegangen; der Sowjetkommunismus repräsentierte eine totalitäre Zwangsgesellschaft, die den westlichen Alliierten höchst bedrohlich erschien. Deshalb lag dem Wiederaufbau des kriegszerstörten Mitteleuropa der Wunsch zugrunde, eine Form von marktwirtschaftlicher Gesellschaft zu etablieren, in der die Wohlstandszuwächse so relativ gleich verteilt würden, dass die Menschen dem System zustimmen konnten. Man wollte verhindern, dass sich die politische Landschaft zu rechten oder linken Extremen hin polarisierte, und das materielle Mittel dafür war, dass auch arbeiterliche Schichten von den Wohlstandszuwächsen profitieren konnten.

Das war der psychologische Kitt, der die liberale Gesellschaft zusammenhielt. Mit dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft wurde zwar wirtschaftliche Ungleichheit nicht aufgehoben, aber der „Fahrstuhleffekt“ sorgte dafür, dass bei aller Ungleichheit doch fast alle gemeinsam nach oben führen. Und siehe da: das Experiment einer offenen Gesellschaft auf wachstumswirtschaftlicher Grundlage funktionierte ganz exzellent und über alle Erwartungen hinaus erfolgreich.

Seit zweieinhalb Generationen herrscht in Europa Frieden, was geschichtlich keineswegs den Normalfall darstellt. Ein Blick auf die simple Animation „Europe in the last thousand years“ auf Youtube zeigt eindrücklich, was das heißt: Dieser kleine Kontinent befand sich mehr als 900 Jahre lang in beständiger Veränderung, weil andauernd ein Reich ein anderes bekämpfte, weil Herrschaft mit Eroberungen ausgebaut und gesichert wurde. Zwei Drittel eines Jahrhunderts Frieden wäre den Menschen ganz undenkbar erschienen, ein Drittel eines

Jahrhunderts Krieg hatte es dagegen durchaus schon gegeben. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit seinen Millionen Toten, Ermordeten, Deportierten und Vertriebenen ist hierzulande – nichts mehr passiert. Das ist historisch betrachtet die einsame Ausnahme. Zwar gibt es Länder, die – wie zum Beispiel Schweden – noch viel länger an keinem Krieg mehr beteiligt waren. Aber auf der Ebene eines ganzen, national und regional höchst diversen Kontinents ist eine Friedenszeit, die mehr als zwei Generationen umspannt, einzigartig. Die westeuropäischen Gesellschaften haben bis 2018 alle Krisen der Nachkriegszeit überstanden, ohne dass irgendwo die gesellschaftliche Ordnung selbst in Frage stand.³ Die Bewältigung der Finanzkrise oder der deutschen Wiedervereinigung sind Belege institutioneller Funktionsfähigkeit, übrigens auch die sechsmonatige Regierungslosigkeit der Bundesrepublik, in der sie ganz geräuschlos prächtig weiterfunktioniert hat. In den demokratischen Gesellschaften ist das durchschnittliche Bildungsniveau ebenso gewachsen wie der Wohlstand und die Lebenserwartung. Und die individuelle Freiheit, auch was die Wahl der Lebensformen und Lebensweisen angeht. Kurz: die liberale rechtsstaatliche Demokratie ist die zivilisierteste und erfolgreichste Form von Gesellschaft, die es jemals gegeben hat.

Ein Grund dafür: Sie ist veränderungsoffen. Sie lebt in beständig sich verändernden Umwelten geradezu davon, dass Modernisierungsimpulse von Minderheiten ausgehen, die Benachteiligungen skandalisieren oder Entwicklungsdefizite beklagen. In diesem Sinne geben soziale Bewegungen notwendige Infusionen für jene Transformationsprozesse, mit denen soziale, technologische oder kulturelle Veränderungsanforderungen bewältigt werden.

Und die offene Gesellschaft hat einen Mechanismus, mit dem sie verhindern kann, dass notwendige Veränderungen unterbleiben: Regierungen können abgewählt werden. Das war für Karl Popper der zentrale Punkt. Sein Buch „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ hat er unmittelbar im Angesicht der Verheerungen durch zwei geschlossene Gesellschaften geschrieben – der nationalsozialistischen und der sowjetischen. Das „Prinzip einer demokratischen Politik“ sah Popper darin verkörpert, dass Demokratien stabile Institutionen, zum Beispiel freie Wahlen, unabhängige Gerichte etc. vorsehen, „die es den Beherrschten gestatten, die Herrscher abzusetzen.“

³ Neu ist, und das ist kein gutes Zeichen, dass diese gesellschaftliche Ordnung jetzt angegriffen wird, ohne dass eine wirtschaftliche Krise existieren würde. Demokratiefeindlichkeit in Zeiten von Hochkonjunktur ist eine für moderne Gesellschaften neue Erscheinung.

Dies freilich setzt voraus, wie in einer aktuellen Studie der amerikanischen Autoren Steven Levitsky und Daniel Ziblatt⁴ zum Niedergang von Demokratien herausgearbeitet wird, dass die politischen Akteure sich nicht nur an formales Recht, sondern auch an ungeschriebene Regeln halten – womit man wieder beim Diktum von Ernst-Wolfgang Böckenförde wäre. Levitsky & Ziblatt weisen zunächst darauf hin, dass seit dem Ende des Kalten Krieges „die meisten demokratischen Zusammenbrüche nicht durch Generäle und Soldaten, sondern durch gewählte Regierungen verursacht worden“ sind.⁵ Diese Zusammenbrüche werden regelmäßig durch dieselben Strategien eingeleitet: Gewählte Regierungen entmächtigen nach dem Antritt der Regierungssystematisch die Institutionen der Gewaltenteilung, insbesondere die unabhängige Gerichtsbarkeit, monopolisieren die Medien und delegitimieren die Opposition.

Voraussetzung dafür ist wiederum die Aufkündigung des ungeschriebenen Konsenses, dass die um die demokratische Herrschaft konkurrierenden Parteien nicht als Antagonisten, sondern als Wettbewerber innerhalb des verfassungsmäßigen Rahmens betrachtet werden und sich auch so verhalten. Insbesondere am Beispiel der jüngsten nordamerikanischen Geschichte zeigen die Autoren, wie dieser Konsens sukzessive aufgegeben und durch eine Politik der Feindseligkeit ersetzt wurde, in der Personalisierungen und das konsequente Ausnutzen von nicht strafbewehrten Regelverletzungen an der Tagesordnung sind: „Hätte vor 25 Jahren jemand von einem Land gesprochen, in dem Politiker ihren Rivalen androhen, sie ins Gefängnis zu werfen, politische Gegner die Regierung beschuldigen, die Wahl zu manipulieren oder eine Diktatur einzuführen, und Parteien ihre Parlamentsmehrheit nutzen, um Präsidenten ihres Amts zu entheben und die Besetzung von Richterposten zu verweigern, hätte man wahrscheinlich an Ecuador oder Rumänien gedacht, aber bestimmt nicht an die vereinigten Staaten.“⁶

Vergleichbare Erosionsprozesse des demokratischen Konsenses haben gegenwärtig in vielen Gesellschaften Konjunktur, man denke etwa an Polen oder Ungarn, die Türkei oder Brasilien. Am Ende geht es jeweils um die Installierung von Präsidialsystemen, die die Abwahl der Regierung, also das nach Popper zentrale demokratische Prinzip, verhindern und Regime auf Dauer zu installieren versuchen.

⁴ Steven Levitsky & Daniel Ziblatt, *Wie Demokratien sterben*. München: dva 2018.

⁵ Ebd., S. 13.

⁶ Ebd., S. 195.

Und wieder erscheint die Demokratie als prekäre Gesellschafts- und Staatsform, deren Funktionsspannung von der vorgängigen Übereinstimmung aller relevanten gesellschaftlichen Akteure abhängt, einen solchen Staat zu wollen und dafür Verantwortung zu übernehmen. An dem gegenwärtig zu verzeichnenden Vertrauensschwund in den real existierenden Demokratien, an der Erosion von Systemzustimmung und am Erfolg populistischer Parteien und Akteure lässt sich erkennen, dass hinsichtlich von Prävention und Demokratieförderung gerade an den Faktoren Zusammenhalt, Konsens und Realisierung zugrundeliegender Werte gearbeitet werden muss. Da dies jeweils Praxisfaktoren sind, ist der Einfluss von politischer und historischer Bildung begrenzt. Es geht um die Praxis des demokratischen Staates selbst, wenn er stabile Systemzustimmung seiner Mitglieder erreichen möchte.

Dabei erscheint als besondere Schwierigkeit, dass die Erosion der Systemzustimmung und des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu verzeichnen ist, obwohl in der Bundesrepublik (und in Österreich) wirtschaftliche Hochkonjunktur herrscht und die Arbeitslosigkeit historisch niedrig ist. Der Fachkräftemangel führt zu hervorragenden Verhandlungspositionen aufseiten der Beschäftigten, die sich in entsprechenden Tarifabschlüssen niederschlagen. Trotzdem bleiben rechtspopulistische Tendenzen virulent, ebenso auch die Bereitschaft, ihnen – etwa im parteiinternen Wahlkampf um den CDU-Parteivorsitz – inhaltlich entgegenzukommen. Traditionell herrschte immer die Annahme, dass besonders in Phasen sinkenden Wirtschaftswachstums und hoher Arbeitslosigkeit die Demokratiezustimmung bröckeln würde, was sich in der Gegenwart offenbar als Irrtum erweist. Was könnten die Gründe dafür sein?

4. Soziale Ungleichheit

Zunächst: es ist erstaunlich umstritten, ob und wie sehr die soziale Schere in den westlichen Gesellschaften auseinanderklafft. Während Thomas Piketty mit seinem aufsehenerregenden Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“⁷ eine zunehmende Ungleichheit in allen kapitalistischen Ländern behauptete, die auf die ungleiche Entwicklung zwischen Kapital- und Arbeitseinkommen zurückginge, liegen inzwischen differenziertere Bilder vor, die vor allem belegen, dass die kleine Gruppe der Reichsten enorme Einkommenszuwächse erzielen konnte und erzielt, während die Einkommens- und Vermögenslagen der unte-

⁷ Thomas Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: Beck 2016.

ren Hälfte der Gesellschaften stagniert oder zurückgeht. Der Ökonom Clemens Fuest konstatiert für die Bundesrepublik: „In Deutschland hat die Einkommensungleichheit in den letzten zehn Jahren nicht zugenommen, in dem Jahrzehnt davor, zwischen 1995 und 2005, aber schon. Das war vor allem eine Folge steigender Arbeitslosigkeit und sinkender Entlohnung niedrig qualifizierter Arbeit.“ Aber: „In den USA ist die Einkommensungleichheit seit den achtziger Jahren dramatisch angestiegen. Auf globaler Ebene sinkt zwar die Armut, aber der Einkommensanteil der reichsten ein Prozent steigt ebenfalls.“⁸ Die untere Hälfte der Weltbevölkerung besitzt weniger als ein Prozent des Gesamtvermögens; mit 3583 Dollar Vermögen zählt man bereits zur reicheren Hälfte. Und der vielleicht spektakulärste Ungleichheitswert liegt darin, dass das reichste Prozent der Weltbevölkerung über die Hälfte des Weltvermögens - das sind 280 Billionen Dollar – verfügt.⁹

Für die im Weltmaßstab extrem reiche Bundesrepublik kommt noch hinzu, dass die Bildungsungleichheit chronisch hoch ist. Hierzulande machen nur acht Prozent der Kinder aus ärmeren Schichten einen Masterabschluss an der Universität. Und unter den neuberufenen Professorinnen und Professoren in Deutschland kommt gerade mal ein Zehntel aus solchen Schichten. Aber diese Faktoren klären nicht befriedigend, wieso Demokratie nicht mehr jene fraglose und stabile Zustimmung genießt wie in anderen Epochen der Nachkriegszeit. Das besonders nach den Wahlerfolgen der AfD kursierende Narrativ von den „Abgehängten“ und von jenen, die durch die „Globalisierung“ verunsichert seien, scheint mir irreführend, denn weder sind die Protagonisten noch die Wählergruppen dieser Partei klassische Unterschichtenangehörige, noch waren Rechtswähler traditionell „Abgehängte.“ Schon für die NSDAP konnte gezeigt werden, dass es insbesondere die Abstiegsbedrohten waren, die ein großes Wählerpotential stellten,¹⁰ und auch heute weist einiges darauf hin, dass diese Gruppe am ehesten zu autoritären Einstellungen tendiert. Nun ist Abstiegsbedrohtheit aber ein Gefühl, und als solches empirisch schwer zu messen, und noch weniger ist es einer Schicht zuzuordnen. Auch sehr vermögende Menschen können bekanntlich Angst vor sozialem Abstieg haben, während etwa der akademische Mittelbau gewissermaßen konstitutiv mit objektiver Abstiegsbedrohung in Gestalt prekärer Beschäftigung lange zu leben gelernt hat und politisch durchaus unauffällig geblieben ist. Vielleicht

⁸ Clemens Fuest, Das Märchen von der Jahrhundertungleichheit. <https://www.zeit.de/wirtschaft/2017-12/soziale-ungleichheit-umverteilung-gini-index-einkommensteuer/seite-2>.

⁹ Der neue Fischer-Weltalmanach 2019. Zahlen Daten Fakten. Frankfurt/M.: Fischer, S. 22.

¹⁰ Jürgen Falter, Hitlers Wähler. München: Beck 1991.

also ist der Zusammenhang zwischen sozialer Lage und politischer Orientierung gerade in den reichen Gesellschaften viel unwichtiger, als Wissenschaft und öffentliche Meinung bislang geglaubt haben.

Neuere Studien weisen zumindest drauf, dass solche Zusammenhänge, je nach dem historischen, ökonomischen, nationalen und kulturellen Kontext sehr unterschiedlich ausgeprägt sein können.¹¹ Zudem müsste auch mehr zur Kenntnis genommen werden, dass sich die populistischen Parteien gerade nicht primär auf ökonomische Themen kaprizieren, sondern etwa auch gegen Schwule und andere Minderheiten, Menschenrechte, Klimapolitik usw. agitieren, also über Themen mobilisieren, wie sie in konservativen oder randständigen Milieus virulent sind.

Womöglich sind es mithin weichere Faktoren, die für das Sympathisieren mit autoritärer Politik bedeutsamer sind als die soziale Lage. Da wäre zunächst der Aspekt, dass die „moralische Substanz“, die Böckenförde für eine notwendige Voraussetzung der Demokratie hält, in den Augen vieler Normalbürgerinnen und -bürger durch Angehörige der Eliten nicht in hinreichender Weise vorgelebt wird. Insbesondere der Dieselbetrug der kompletten deutschen Autoindustrie, die Skandale der Deutschen Bank, Korruption bei der FIFA und anderes mehr lassen viele daran zweifeln, dass es in ihrer Gesellschaft gerecht zugehe. Dieser Zweifel geht insbesondere darauf zurück, dass Menschen für kaum etwas ein tieferes Empfinden haben als für Ungerechtigkeit. Schon Kinder haben ein extrem stark ausgeprägtes Gerechtigkeitsempfinden; das Empfinden für Gerechtigkeit bzw. Ungerechtigkeit ist universell und eines der historisch stärksten Produktivkräfte. Menschen glauben prinzipiell, dass es eine gerechte Welt geben müsse und könne („just world belief“) und sie fühlen sich persönlich betroffen, wenn dieser Glaube enttäuscht wird. Dass Gerechtigkeitsempfinden intuitiv ist, zeigt sich etwa auch dann, wenn Menschen angesichts von Ungerechtigkeiten im Rechtsstaat diesen insgesamt infrage stellen und nicht akzeptieren wollen, dass Recht mit Gerechtigkeit nicht identisch ist.

Man muss gerade umgekehrt sagen: auf der gesellschaftlichen Ebene ist Recht Bedingung dafür, dass Gerechtigkeit unabhängig von allen persönlichen Unterschieden (im Einkommen, im Geschlecht, im Lebensalter, in der Qualifikation) zur Geltung kommen kann, deshalb ist Justitia blind und deshalb ist der moderne Rechtsstaat nach allem, was

¹¹ Philip Manow, *Die politische Ökonomie des Populismus*. Berlin: Suhrkamp 2018.

wir wissen, die Form von Staatlichkeit, die das bislang höchste Maß an Gerechtigkeit gewährleistet.

Jedenfalls juristisch. Fragen sozialer oder ökologischer oder moralischer Gerechtigkeit liegen außerhalb der rechtlichen Sphäre und müssen gesellschaftspolitisch ausgehandelt werden. Und gerade hier sind starke Defizite zu verzeichnen, insbesondere dann, wenn Elitenversagen mit Veränderungen von Lebenslagen, wie etwa Mietpreissteigerungen in den Städten, zusammentrifft und die gefühlte Ungerechtigkeit anwächst.

Hinzu kommt eine Medienlandschaft, die erstens durch die Direktmedien (wie facebook, Twitter etc.) fragmentierter ist als früher und zweitens in der Ökonomie der Aufmerksamkeit durch Skandalisierung Geländegewinne erzielen möchte. Das heißt, dass vergleichsweise harmlose und im Normalbereich liegende „Verfehlungen“ einzelner Akteure eine weit höhere Aufmerksamkeit erfahren und einen höheren „Wallungswert“ (Roger Willemsen) bekommen als zu medial homogenen Zeiten, womit – übrigens ähnlich wie in der Wahrnehmung von Kriminalität – der Eindruck entsteht, es gäbe faktisch viel mehr Fehlverhalten als zu früheren Zeiten. Zweitens gehört der Zustand der Dauerregung gewissermaßen zur Alltagskultur, weshalb die Aufmerksamkeit auf alles Skandalisierungstaugliche und die zugehörige Aufnahmebereitschaft größer ist. Dies alles führt bei vielen Menschen zu dem Gefühl, es ginge alles in allem ungerecht zu, und sie selbst zählten zu den Benachteiligten.

Daneben wird deutlich, dass Demokratie als etwas erlebt wird, das man nicht mitgestalten kann, sondern was gewissermaßen über den eigenen Kopf hinweg geschieht. Eine aktuelle Studie zu „rechtsextremen Dynamiken“ kommt zu Befunden, die auf eine verbreitete „politische Deprivation“ hinweisen: „Die Bürgerinnen und Bürger erleben (die Demokratie) nicht als etwas, was sie mitgestalten können. Diese subjektive Wahrnehmung sagt nichts über die Versuche oder tatsächliche Gestaltungsmöglichkeiten aus, aber kennzeichnet eine große Distanz zu den Institutionen der demokratischen Vermittlung.“¹²

Zugleich werden historische Errungenschaften der modernen Gesellschaft wie funktionierende Staatlichkeit, Institutionen und Infrastrukturen als gegeben betrachtet und allenfalls dort zur Kenntnis genommen, wo etwas mal nicht funktioniert. Dass seit sieben Jahrzehnten

¹² Oliver Decker & Elmar Brähler (Hg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Gießen: psychosozial 2018, S. 111.

Frieden herrscht und im selben Zeitraum alle Krisenereignisse bewältigt worden sind, ohne dass die Stabilität des Staates je in Frage stand, scheint selbstverständlich. Und wie eine solche Form von Staatlichkeit funktioniert und welche Rolle funktionierende Institutionen in ihr spielen, liegt außerhalb des Wissenshorizonts vieler Bürgerinnen und Bürger. Insofern tragen Defizite in historisch-politischer Bildung zur gefühlten Unzufriedenheit ebenso bei wie die paradoxe Wirkung historisch erkämpfter Standards von Lebenssicherheit: Man betrachtet die Welt vom Status Quo aus und gelangt folgerichtig zu einer chronischen Defizitanalyse.

Hinzu kommt die Wahrnehmung objektiver Stressfaktoren – etwa ein nicht mehr funktionierendes Mobilitätssystem, das die Nutzer mit Verspätungen konfrontiert, unabhängig davon, ob sie die Bahn, das Flugzeug oder das Auto nehmen. In der individuellen Wahrnehmung wird auch dies entweder als Eliten- oder gar als Staatsversagen zugerechnet, obwohl die Ursache schlicht in einer Überlastung der Tragfähigkeit von Infrastrukturen durch immer mehr Wachstum in allen Sektoren resultiert. Alle, die sich über den Stau beklagen, sind ja der Stau.

Ein weiterer Stressor ist die Aufmerksamkeitsüberforderung durch permanente Kommunikation einerseits, fallweise auch durch die Entgrenzung von Arbeitszeit andererseits. Wo zunehmend online gearbeitet und Arbeitsleistung kontrolliert wird, entsteht mehr Druck und psychisch mehr Stress. All diese vielleicht nur scheinbar weichen Faktoren bilden zusammengenommen ein Syndrom der Unzufriedenheit auf höchstem Niveau und einen daraus resultierenden Wunsch nach Entlastung, der sich eben auch als Bedürfnis nach Orientierung durch autoritäre Politik, nach Entlastung durch Unfreiheit artikulieren kann. Alles dies ist allenfalls phänomenologisch zu belegen, einstweilen aber nicht durch empirisch belastbare Daten.

Wenn man aber davon ausgeht, dass solche phänomenologischen Befunde tatsächlich Aspekte der gesellschaftlichen Wirklichkeit beschreiben, wird man für die Fragestellung nach einer präventiven Demokratieförderung zu mindestens drei Desideraten kommen.

Das erste ist identisch mit einer gesellschaftspolitischen Großaufgabe: Nämlich die gesellschaftliche Praxis nicht mehr am Primat des Wirtschaftswachstums auszurichten, sondern Fragen von Lebensqualität, Bildung, öffentlicher Versorgung etc. an qualitativen Kriterien auszurichten. Eines diese Kriterien ist in der Demokratie zweifellos die Frage, ob etwas zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beiträgt oder nicht.

Das zweite Desiderat richtet sich auf die Kommunikationskultur: Es ist unbedingt demokratieförderlich, die Berichterstattung und auch die politische Kommunikation mehr auf konstruktive und positive Aspekte zu richten als auf destruktive und negative. Das wäre ein Bereich, in dem man etwa von Strategien der Unternehmenskommunikation ebenso lernen kann wie aus kultureller Kommunikation.

Das dritte Desiderat, das sich am ehesten operationalisieren lässt, richtet sich auf politisch-historische Bildung und damit am ehesten auf einen klassischen Bereich der Prävention. Hier sind verstärkte Anstrengungen und auch neue Wege angezeigt, um Bürgerinnen und Bürgern durch besseres Verständnis der Gegenwart größere Systemzustimmungsbereitschaft zu vermitteln.

Ad. 1: Die kulturelle Praxis

Der große Soziologe Ralf Dahrendorf hat das mal so formuliert: „Wir leben in einer Welt der Ungewissheit. Niemand weiß genau, was wahr und was gut ist. Darum müssen wir immer neue und bessere Antworten suchen. Das geht aber nur, wenn Versuch und Irrtum erlaubt sind, ja, ermutigt werden, also in einer offenen Gesellschaft. Sie wenn nötig zu verteidigen und sie jederzeit zu entwickeln, ist daher die erste Aufgabe.“ Und übersetzt in die heutige Situation, lautet die Aufgabe: Demokratie verteidigen und sie auf der Basis eines neuen Naturverhältnisses weiter entwickeln. Das unvollendete zivilisatorische Projekt der Moderne fortsetzen. Denn mit dem Systemzusammenbruch des Ostblocks und dem vermeintlichen Sieg des westlichen Systems hat man aufgehört, die Moderne weiterzuentwickeln, sie den veränderten ökologischen und geopolitischen Bedingungen anzupassen. In gewisser Weise ist das Projekt der Moderne in dieselbe Falle gelaufen, in die erfolgreiche Wirtschaftsunternehmen geraten, wenn sie zu lange an ihrem Geschäftsmodell festzuhalten, das unter bestimmten Bedingungen so erfolgreich war, dass der Erfolg die rechtzeitige Modernisierung blockiert. Was das über alle Maßen erfolgreiche Modell der liberalen Demokratie angeht, so lässt sich konstatieren, dass zu wenig Energie und Intellekt darauf verwendet wurde, dieses Modell auch unter Bedingungen verschärften ökologischen Drucks, wachsender Migrationsbewegungen, veränderter Medienlandschaften robust zu halten und zukunftsfähig zu machen.

Jetzt, allerspätestens, muss nachgeholt werden, was so lange versäumt wurde. Die moderne Gesellschaft ist ein Entwicklungsprojekt, das von der Zustimmung der Gesellschaftsmitglieder, also seiner Integrations-

fähigkeit abhängig ist. Materielle Lebensbedingungen sind davon nur ein Teil; es muss auch individuelle und kollektive Entwicklungsperspektiven geben. Zukunft ist eine Produktivkraft der Moderne, und gerade sie scheint der liberalen Demokratie als Gesellschaft in vielerlei Hinsicht abhanden gekommen zu sein. Dabei war es das vielleicht wirkmächtigste Merkmal der Moderne, dass sie von einer imaginierten Zukunft getrieben war: die Gesellschaft würde sukzessive bessere Lebensbedingungen für alle ihre Bewohnerinnen und Bewohner bereit halten, und diese besseren Bedingungen würden sich in individuelle Lebenspläne, berufliche Aufstiege, Ehe- und Kinderwünsche übersetzen lassen. Die westliche Nachkriegsepoche versprach Zukunft durch dynamische Technikentwicklung einerseits und soziale Marktwirtschaft andererseits und löste sie durch Mondlandung, Mitbestimmung und Öffnung des Bildungssystems ein, unter anderem. Solche Zukünftigkeit war erlebbar, ein Element realer Erfahrung und Hoffnung, eine soziale Produktivkraft.

Inzwischen hat sich die Gegenwart nach vorn gedrängt – in einer Verschränkung von auf den ersten Blick sehr disparaten Gründen: Zum einen wurden in Zeiten des Hyperkonsums künftige individuelle und gesellschaftliche Ziele durch einen Sofortismus der unverzögerten Bedürfnisbefriedigung ersetzt. Dabei treten Bürgerinnen und Bürger fast ausschließlich nur noch in der Verbraucherrolle auf und beanspruchen Lieferung, von Produkten, Dienstleistungen, Informationen und Politikangeboten, am besten in Echtzeit.

Zweitens hat die Digitalwirtschaft den Mangel an Zukünftigkeit kassiert und ersetzt, was unbestimmt Möglichkeit hätte sein können, durch Berechenbares, vom künftigen Konsum- und Wahlverhalten bis zur vorhergesagten politischen oder kriminellen Abweichung. Die digitale Zukunft ist nicht offen; sie besteht lediglich aus dem, was in einem binären Universum berechnet werden kann.

Und drittens schließlich hat seit dem Aufkommen der Umweltwissenschaften, der Erdsystem- und Klimaforschung, der Ökologiebewegung das Wissen um die erwartbare Zukunft des Planeten die Gestalt einer Dystopie angenommen, die auf keinen Fall eintreten darf.

Diese drei apokalyptischen Reiter aus totalem Konsumismus, totaler Berechenbarkeit und totaler Katastrophe führen in ihrem Zusammenwirken zur Ersetzung der optimistischen Zukunftserwartung der Nachkriegsmoderne durch die Diktatur der Gegenwart von heute, zum Schwenden eines Horizonts, den man erreichen wollen würde. „Zu-

kunft ist das, was nicht passieren darf. (...) Das Ziel ist es, den Status quo, und wäre er noch so übel, zu retten vor dem Angriff einer dystopischen Zukunft“.¹³

Die Wirksamkeit einer Kultur der Zukunftsverhinderung zeigt sich allenthalben: nicht nur in der neuen Sehnsucht nach altem Nationalismus, nach Autokratie und Geführtwerden, es zeigt sich auch in den bei genauerer Betrachtung ja äußerst trüben Erneuerungspotenz all der start ups und Innovationsangeber: Was außer irgendeiner weiteren Funktion ist denn neu an der immer wieder allerneuesten Generation von smartphones oder Kühlschränken oder Autos?

Man kann das zivilisatorische Projekt der Moderne aber nicht fortsetzen ohne die Idee von einer Zukunft zu haben, die ein besseres Leben vorsieht, als das, das heute zu haben ist. Ja, eigentlich ist der Traum vom guten Leben die Voraussetzung, dafür einzutreten, dass die Ungerechtigkeit und die Destruktivität der menschlichen Lebensform erfolgreich weiter zivilisiert und eben nicht weiter vertieft werden. Zukunft lässt sich negatorisch nicht entwerfen, das geht nur mit positiven Bestimmungen. „Was käme heraus, wenn wir mit größerem Aufwand daran arbeiten würden, uns ein besseres Leben vorzustellen? Wie wäre es, wenn wir an Zukunftsvisionen nicht deshalb arbeiteten, weil wir den Wald oder den Thunfisch oder das Klima retten wollen. Und auch nicht, weil wir uns verteidigen müssen gegen die Macht der großen Daten. Sondern weil wir uns ein besseres Leben als das, was wir führen, allemal vorstellen und mit aller Kraft anstreben können.“¹⁴

Und die Moderne wieder für ein entwicklungsfähiges Projekt zu halten lernen und das auch politisch so zu kommunizieren. Und ihre bisherigen zivilisatorischen Erfolge als Ausgangspunkt dafür nehmen möchten, mehr soziale Gerechtigkeit, mehr persönliche Autonomie, mehr verfügbare Zeit, weniger Gewalt und Zwang auf der Basis eines nachhaltigen Umgangs mit den natürlichen Voraussetzungen des Überlebens zu realisieren.

Ad. 2: Die kommunikative Praxis

Damit ist die Kultur der Kommunikation schon angesprochen. Die bereits zitierte Studie von Levitsky & Zibblatt verweist auch auf die ungute Rolle, die antagonistische Zuspitzungen in der politischen

¹³ Claudius Seidl, *Der Mann aus der Zukunft*. In Dana Giesecke et al. (Hg.), *Welzers Welt. Störungen im Betriebsablauf*. Frankfurt/M.: Fischer 2018, S. 374ff.

¹⁴ Ebd., S. 377

Kommunikation für die Demokratie spielen. Für gesellschaftlichen Zusammenhalt ist es weit förderlicher, wenn die Voraussetzung besteht, dass man bei allen politischen Differenzen in einem gemeinsamen Referenzrahmen, nämlich dem der liberalen Demokratie und der offenen Gesellschaft handelt und sich entsprechend nicht als Feinde betrachtet. In diesem Zusammenhang kommt als normatives Leitbild Habermas' „Verfassungspatriotismus“ in Betracht, der ja auch in Zeiten wachsender Heterogenität der Bevölkerung eine gemeinsame gesellschaftspolitische Orientierung bietet. Es kommt aber darauf an, dies in der politischen Kommunikation immer wieder deutlich zu machen und gleichzeitig zu betonen, welche Erfolge und welche Bewältigungskapazität die liberale Demokratie vorzuweisen hat.

Für eine solche Form der Kommunikation braucht es einen Kulturwandel in der politischen wie in der medialen Kommunikation. Die Kultur der Skandalisierung und Dauerregung, wie sie gerade durch die Direktmedien befördert werden, muss durch einen konstruktiven Grundtenor der politischen und medialen Kommunikation konterkariert werden. Das entzieht im Übrigen auch der Erfolgsstrategie des Rechtspopulismus den Boden, permanent verbale Grenzüberschreitungen zu betreiben, um dann die etablierten Medien und die Politik als Resonanzverstärker zu verwenden. Dieser seit Jörg Haider erfolgreiche Praxis operiert immer auf dieselbe Weise, egal, ob sie von Donald Trump oder Alexander Gauland angewendet wird: Jede auch noch so marginale Äußerung eines Protagonisten wird wegen ihres skandalösen Inhaltes solange zurückgewiesen, bis sie sich als Diskutierbares im öffentlichen Diskurs verankert hat. Auf diese Weise wandern politische Inhalte, Topoi und Ressentiments vom äußersten Rand des gesellschaftlichen Diskurses in dessen Mitte. Exemplarisch ist dies am Fall Sarazin zu beobachten, dessen entlegene und wissenschaftlich indiskutable Thesen in Buchform von allen etablierten Medien so lange kritisch zurückgewiesen werden, bis auch noch der letzte Nichtleser darüber informiert ist, dass es da ein offenbar wichtiges, weil tabubrechendes Buch gibt. Dabei ist aus der Rezeptionsforschung seit Jahrzehnten bekannt, dass es für den Erfolg eines Buches eher unerheblich ist, ob es negativ oder positiv besprochen wird, wichtig in der Ökonomie der Aufmerksamkeit ist allein, dass es besprochen wird. Löst es, wie im Fall Sarazin, gar eine Debatte aus, steht seiner Karriere als Bestsellerautor nichts mehr im Weg.

Dies ist unglückseligerweise damit verknüpft, dass es auf seiten der politischen Akteure durchaus Verlockungen gibt, entsprechende Inhal-

te dann zu instrumentalisieren, wenn sie Mehrwert in Form von Wählerstimmen zu versprechen scheinen. Deutlich ist dies insbesondere 2018 im Rahmen der bayerischen Landtagswahl geworden, in dessen Vorfeld die CSU versucht hat, anti-migrantische Ressentiments, wie sie von der AfD artikuliert wurden, im Rahmen eigener politischer Kommunikation zu adaptieren. Das hat sich für die Partei bekanntlich nicht ausgezahlt, aber dazu geführt, dass monatelang der Eindruck herrschte, es gäbe im Land kein drängenderes Problem als die Grenzsicherung und als müsse alle politische Aufmerksamkeit sich um das Thema „Flüchtlinge“ zentrieren, das de facto eher lautlos von den Institutionen bewältigt wird. Was für die Demokratie dabei wirklich gefährlich wird, ist das Einwandern von Begriffen, Themen und Deutungen in die gesellschaftlichen Normalitätserwartungen, die zuvor als extrem betrachtet wurden. Dieser Mechanismus ist von Sebastian Haffner zeitgenössisch schon am Aufstieg der NSDAP beschrieben worden: Indem die Nazis, schreibt Haffner, „irgendjemand – ein Land, ein Volk, eine Menschengruppe – öffentlich mit dem Tode bedrohten, brachten sie es zustande, dass nicht ihre, sondern seine Lebensberechtigung plötzlich allgemein diskutiert – d.h. in Frage gestellt wurde. Jeder fühlte sich auf einmal bemüßigt und berechtigt, sich eine Meinung über die Juden zu bilden und sie zum Besten zu geben. Man machte feine Unterscheidungen zwischen ‚anständigen‘ Juden und anderen; wenn die einen, gleichsam zur Rechtfertigung der Juden – Rechtfertigung wofür? Wogegen? – ihre wissenschaftlichen, künstlerischen, medizinischen Leistungen anführten, warfen die anderen ihnen gerade dies vor: Sie hätten Wissenschaft, Kunst, Medizin ‚überfremdet‘“.¹⁵ Trotz aller judenfeindlicher Aktionen ergab sich keine „Antisemitenfrage“ oder „Nazifrage“ im Deutschland jener Jahre, sondern, im Gegenteil, eine „Judenfrage“. Nicht die Angreifer der Demokratie und des Rechts erscheinen als Problem, sondern deren potentielle Opfer.

Die Veränderung einer kommunikativen Kultur wird zweifellos ein langer, mühsamer Prozess, der aber immerhin durch Ansätze eines konstruktiven Journalismus wie durch einen etwa von der grünen Parteispitze praktizierten anderen Stil der politischen Kommunikation eingeleitet worden ist (Habeck 2018). Ein guter Ausgangspunkt für eine solche Veränderung ist auch darin zu sehen, dass die Strategie der CSU 2018 krachend gescheitert ist und es mindestens im deutschsprachigen Raum nicht goutiert wird, wenn Politik sich mit persönlichen Diskreditierungen und Angriffen verwechselt. Unmut entsteht insbe-

¹⁵ Haffner, Sebastian (2002). *Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914 – 1933*. München: dtv. S. 140.

sondere dann, wenn der Eindruck herrscht, dass die politische Klasse sich primär mit sich selbst statt mit realen Problemen beschäftigt. Insofern gibt es eine Reihe von Ansatzpunkten für die Beförderung einer anderen Kultur der politischen Kommunikation, die nicht zuletzt die Leistungen der liberalen Demokratie konturiert, anstatt sie durch die permanente Thematisierung von Dysfunktionalitäten abzuwerten.

Dazu gehört auch eine intensiviertere politisch-historische Bildung, mindestens in dem Sinn, dass die Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder weiß, wie eine moderne Gesellschaft funktioniert, was ein Rechtsstaat und was Gewaltenteilung ist und welche Rolle Institutionen spielen. Unmut und Ressentiment entsteht oft ja gerade dort, wo nicht verstanden wird, welcher zivilisatorische Wert etwa in der Unschuldsvermutung, im Instanzenweg und im Gewaltmonopol liegt und stattdessen permanente Klage über die Länge von Verfahren, Verzögerung von Abschiebungen usw. erhoben wird. Und dies ist nur ein Ausschnitt aus dem breiten Phänomenbereich der mangelnden staatsbürgerlichen Informiertheit. Wenn ein Staat mit einer nur geschäftsführenden Regierung, wie es 2018 über lange Monate der Fall war, reibungslos und hervorragend funktioniert, ist das ein Beleg für die Stärke der real existierenden Demokratie. Wenn Genehmigungsverfahren oder Energiewenden lange dauern oder Grundgesetzänderungen vom Bundestag beschlossen und vom Bundesrat zurückgewiesen werden (wie im Fall des „Digitalpakts“), dann ist das ein Beleg für das hervorragende Funktionieren von Checks und Balances, und es ist Aufgabe der Bildungsinstitutionen, ein grundlegendes Verständnis dafür sicherzustellen.

Und wenn man sich das Feld der politisch-historischen Bildung im engeren Sinn ansieht, dann fehlt es nicht selten an der richtigen Gewichtung zwischen dem behandelten Gegenstand und dem angestrebten Bildungsziel.

Ad. 3: Die politisch-pädagogische Praxis

Beispielhaft kann man dafür das Feld der Gedenkstättenpädagogik und der Holocaust-Education heranziehen als Kernbereiche historisch-politischer Bildung heranziehen. Schon im Jahr 2010 kam eine repräsentative Befragung von Jugendlichen ab 14 Jahren, die TNS-Infratest im Auftrag der ZEIT durchgeführt hat, zu dem Ergebnis, dass mehr als zwei Drittel der befragten Jugendlichen sich für die Geschichte von Nationalsozialismus und Holocaust interessierten. Ein Drittel waren der Auffassung, in der Schule lerne man zu wenig über das Thema.

Wiederum zwei Drittel sahen die eigene Generation in der Pflicht, die nationalsozialistischen Verbrechen und den Holocaust nicht zu vergessen, 80 Prozent hielten Holocaustgedenken für sinnvoll. 59 Prozent der befragten Jugendlichen empfanden sogar „Scham“ angesichts der deutschen Verbrechen während der NS-Zeit, obwohl 56 Prozent der Überzeugung waren, dass sich in der eigenen Familie niemand etwas zuschulden kommen lassen habe. „Gute Seiten“ am Nationalsozialismus konnten vier Fünftel nicht entdecken.

Das Erziehungsziel der historisch-politischen Bildung kann also in Bezug auf den Nationalsozialismus und den Holocaust als erreicht betrachtet werden – wahrscheinlich wäre man in anderen Feldern schulischer und demokratiepädagogischer Bemühungen über solche Quoten sehr glücklich. Aber das erfreuliche Gesamtergebnis hat einen Haken: 40 Prozent der Jugendlichen glaubten, sich beim Thema NS-Zeit „politisch korrekt“ verhalten zu müssen, 43 Prozent fühlten sich genötigt, „Betroffenheit“ zu zeigen, wenn dieses Thema angesprochen wird, und 39 Prozent beklagten, dass man über die NS-Zeit keine Witze machen dürfe.

Hier zeigt sich also ein paradoxer Befund: Während die Bedeutung der Geschichte von Nationalsozialismus und Holocaust von den Jugendlichen mehrheitlich akzeptiert wird und daraus auch Transfers für das eigene Verhalten abgeleitet werden, übersetzt sich die Vermittlungspraxis bei nicht wenigen in ein Gefühl der Freiheitseinschränkung – mithin in das genaue Gegenteil dessen, was durch die Erziehung zur Demokratiefähigkeit eigentlich erreicht werden soll.

Aus meiner Sicht ist dieser Befund, der in den zahlreichen qualitativen Studien zum Geschichtsbewusstsein in der dritten Generation nach dem Holocaust ähnlich gefunden wird,¹⁶ der gewichtigste Anlass, über eine Modernisierung der historischen Vermittlungspraxis nachzudenken. Aus sozialpsychologischer Sicht ist es ohnehin kontraproduktiv, die Vermittlung historischen Wissens mit einer moralischen Gebrauchsanweisung zu versehen. Aktive Aneignungsprozesse und die Entwicklung eigenständiger Deutungen und Bewertungen sind viel nachhaltiger für das Demokratiebewusstsein als die Übernahme vorgefertigter moralistischer Glaubenssätze.

¹⁶ Radtke, Frank-Olaf/Meseth, Wolfgang/Proske, Matthias (Hg.), Schule und Nationalsozialismus. Anspruch und Grenzen des Geschichtsunterrichts, Frankfurt/New York: Campus 2004; Gudehus, Christian, Dem Gedächtnis zuhören: Gedenkstätten und Erzählungen über nationalsozialistische Verbrechen, Essen: transkript 2006; Zülsdorf-Kersting, Meik, Sechzig Jahre danach: Jugendliche und Holocaust. Eine Studie zur geschichtskulturellen Sozialisation, Münster: fit 2007.

Das Pathos der erinnerungskulturellen Redeformeln, Jahrestage, Gedenkveranstaltungen etc. geht auf die längst gegenstandslos gewordene Behauptung zurück, man müsse „gegen das Vergessen“ ankämpfen. Das ist empirisch längst obsolet, und gerade deshalb wirken die Rituale der Holocausterinnerung inzwischen merkwürdig abgestanden und gerade für Jüngere kaum anschlussfähig – man weiß gar nicht recht, wogegen eigentlich anerinnert wird. Ein anderer Aspekt kommt hinzu: Mit dem Anwachsen der Schülerzahlen mit migrantischem Hintergrund wird erstens fragwürdig, wie anschlussfähig dieser Typus deutscher Erinnerungskultur ist, und zweitens ist die Problematik des Antisemitismus in den vergangenen Jahren erneut so virulent geworden, dass das neue Fragen an die Vermittlungspraxis historisch-politischer Bildung aufwirft.

Wenn Lernen am historischen Gegenstand heute einen Sinn haben kann, dann den, ein Sensorium für die Potentiale zum Guten oder Schlechten entwickeln zu können, die in Gegenwarts-konstellationen schlummern und ein wirksames Unterscheidungsvermögen dafür zu haben, welche Option unter gegebenen Bedingungen humanen und welche gegenmenschlichen Entwicklungen dient.

Und so betrachtet muss man zu einem fatalistischen Schluss kommen, wenn man die Erfolge der AfD, vor allem aber ihr erfolgreiches Agenda-Setting einer Politik der Angst betrachtet. Anscheinend ist es nicht besonders zielführend, Demokratieförderung am Beispiel Nationalsozialismus und Holocaust zu betreiben. Im Gegenteil könnte es sein, dass hier eine Exotik des absolut Bösen vermittelt wird, die es gerade schwer macht, gegenmenschliche und autoritäre Tendenzen in der Politik der Gegenwart zu erkennen und dagegen widerständig zu sein. Bemerkenswert ist ja auch, dass heutzutage jeder Rechtsextreme seine Rede mit der Formel beginnt, er (oder sie) sei ja nun kein Nazi, aber... So betrachtet ist es ein unbezweifelbarer Erfolg der deutschen Erinnerungskultur und –pädagogik, dass „Nazis“ mehrheitlich keine Identifikationsfiguren abgeben, aber das ist nicht damit zu verwechseln, dass gegenmenschliche Gedanken, Begriffe, Mythen und Theoreme durchaus anschlussfähig sind, und zwar, wie die schon zitierte Leipziger Autoritarismusstudie belegt, auch für Anhängerinnen und Anhänger etablierter Parteien. Das „autoritäre Syndrom“, wie die Autoren ein Einstellungsmuster nennen, in dem Elemente wie „autoritäre Aggression“, „Unterwürfigkeit“, „Konventionalismus“ u.a. zusammenkommen, „kann sich unabhängig von konkreten politischen Inhalten äußern und bildet daher das antidemokratische Potenzial der Gesellschaft übergreifend ab.“¹⁷

¹⁷ Decker & Brähler (wie Anm. 12), S. 128.

Und wenn man in Rechnung stellt, dass die Judenverfolgung die Zustimmungsbereitschaft der meisten nichtjüdischen Deutschen zum Nationalsozialismus nicht behinderte, sondern förderte,¹⁸ muss man die Frage stellen: Wie kann so etwas in der historisch-politischen Bildung mit dem Ziel der Demokratieförderung angemessenen Ausdruck finden? Sicher nicht durch Formen, die es über fiktive Identifikationen mit Opfern und artifizielle Betroffenheit erlauben, auf Abstand von solchen Befunden zu gehen, und sich durch diesen Abstand zu ersparen, Bezüge zwischen einer jeweils gelebten Gegenwart und einer rituell erstarrten Vergangenheitsbetrachtung herzustellen. Wenn der Holocaust nicht aus Mangel an Zivilcourage, sondern als ein in breiten Teilen der Bevölkerung zustimmungsfähiges Projekt zustande gekommen ist, liegt darin die Herausforderung, in der Gegenwart die Potentiale für antisoziales Verhalten, für die Aufweichung rechtstaatlicher Prinzipien, für gegenmenschliche Praktiken wahrzunehmen. Dann aber wäre die Strategie der Prävention nicht museal und identifikatorisch, sondern gegenwartsbezogen, reflexiv und politisch.

Historisch-politische Bildung müsste, wenn es um den Nationalsozialismus geht, vor diesem Hintergrund nicht mehr das monumentalisierte Grauen der Vernichtungslager ins Zentrum stellen, sondern das unspektakulärere, alltäglichere Bild einer Gesellschaft, die zunehmend verbrecherisch wird, oder, genauer gesagt, normativ umcodiert, was als erwünscht und verwerflich, gut und schlecht, ordnungsgemäß und kriminell gilt. Diese Umjustierung hätte neben einer größeren Realitätsangemessenheit den Vorteil, dass der Alltag der Ausgrenzung an die lebensweltlichen Erfahrungen und Bezüge auch von Schülerinnen und Schüler aus anderen Kulturen anschlussfähig wäre.

Politische Bildung, Menschenrechtserziehung und das Einüben demokratischer Verkehrsformen zielen auf die Herstellung von Unterscheidungsvermögen zwischen richtigen und falschen, tolerablen und inakzeptablen Verhaltensweisen und Entwicklungen. Ein solches Unterscheidungsvermögen wiederum hat eine stabile und sichere Identität zur Voraussetzung. Identität braucht psychologisch positive Fundamente, eine gesicherte Überzeugung, dass und wie man Gutes bewirken und Böses verhindern kann. Daher wären traditionelle, verbrechensbezogene Strategien der historisch-politischen Bildung und der zugehörigen Lernorte abzulösen durch bürgergesellschaftliche Lernorte eines neuen Typs – eines Typs, der positive Erfahrungen vor dem Hintergrund historischen Lernens eröffnet.

¹⁸ Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt a.M.: Fischer 2005.

Es ist bemerkenswert, dass es analog zu Science-Centern naturwissenschaftlicher Prägung mit starkem Erlebnischarakter und unter Nutzung avanciertester szenographischer Strategien – Beispiele dafür wären etwa das „Klimahaus“ in Bremerhaven, das „Phaeno“ in Wolfsburg – keine Pendants im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich gibt. Dabei wäre es doch gerade für die Geschichts- und insbesondere die Demokratievermittlung extrem wichtig, anspruchsvolle Vermittlungsangebote über erlebnisorientierte Ausstellungsdesigns zu realisieren und die oft als unvereinbar betrachteten Elemente Spaß, Wissensaneignung und Erschließung sozialer Wirklichkeiten zu integrieren. So erlaubt etwa das situationistische Konzept des Klimahauses die Durchwanderung von acht Klimazonen und die Aneignung der begleitenden Information, ohne dass die Rezipienten das Gefühl haben, Wissen eingetrichtert zu bekommen oder etwas lernen zu sollen. Das Museum Arbeitswelt in Steyr arbeitet ebenfalls mit einem situationistischen Ansatz, um die Geschichte der modernen Arbeit von der Industrialisierung bis zur heutigen Rohstoffgewinnung für smartphones erlebbar zu machen, also Wissensbestände direkt mit der Lebenswelt der jungen Besucherinnen und Besucher zu vermitteln.

Gerade der Erfolg der beispielhaft genannten Häuser lässt es als ein eklatantes Defizit erscheinen, dass es bislang, von wenigen Ausnahmen wie eben dem Museum Arbeitswelt abgesehen, versäumt worden ist, die Aufklärungschancen, die solche Konzepte bieten, auch im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich, insbesondere in der Demokratieförderung, zu nutzen. Ausgerechnet dort, wo die Lebens- und Erfahrungsnähe zu Phänomenen des Zusammenlebens, der Gruppenbildung, der Kooperation, des Entstehens von Konflikten etc. unmittelbar gegeben und anschlussfähig ist, wird überwiegend auf traditionelle und oft moralisierende Formen der Top-down-Wissensvermittlung gesetzt.

Das führt nicht selten dazu, dass die Auseinandersetzung mit Ausgrenzungs- und Gewaltprozessen erstens lebensweltfern geschieht und zweitens fast nie mit gegenteiligen Phänomenen wie Solidarität, Hilfeverhalten, Widerstand oder anderen Aspekten prosozialen Verhaltens balanciert ist. Die Focussierung auf das Grauen der Vernichtung führt nicht nur zu einer ungunstigen Konzentration der Ausstellungsdesigns auf Gewalt und Ohnmacht und damit zu einer Schwächung des Vertrauens in Handlungsspielräume und Demotivierung von Zivilcourage, sondern paradoxerweise auch zu einer historischen Dekontextualisierung des Holocaust in dem Sinn, dass seine Genese aus der Mitte einer

modernen Gesellschaft im christlich-abendländischen Kulturzusammenhang gänzlich unterbelichtet bleibt. Sowohl die Potentialität von individuellen und kollektiven Entscheidungen wie die Pfadabhängigkeit und Eskalationsdynamik von sozialen Fehlentwicklungen bleiben gänzlich unverständlich, was nicht gerade förderlich für die Vermittlung von Handlungsperspektiven und Engagementbereitschaften ist.

Bürgergesellschaftliche Lernorte müssen bei ihren Nutzern Vertrauen in die Ausgestaltungsmöglichkeiten eigener Handlungsspielräume erwecken und bestärken. Daher geht es allem auch um die Sichtbarmachung und Erfahrbarkeit gegebener Handlungsspielräume und die Einübung von Autonomie und Resilienz, also die Aufrechterhaltung von Handlungsperspektiven auch unter äußerlich einschränkenden Bedingungen.

Es wäre daher ein äußerst lohnendes und beispielhaftes Unterfangen, einen Lernort für die Demokratie zu konzipieren und zu realisieren, in dem die Potentiale und Bedingungen sozialen Handelns anschaulich, spannend und aktivierend erschlossen werden können. Eine solche Institution, die auf einem exzellenten szenographischen und informationstechnologischem Niveau operieren sollte, kann sich sowohl hinsichtlich der Vermittlungsstrategien wie der anzuzielenden Vermittlungsergebnisse an den best practices der naturwissenschaftlichen science-centers wie an solchen der politischen und historischen Bildung orientieren.

Ein solcher bürgergesellschaftlicher Lernort neuen Typs würde eine Wende hin zur partizipativen, demokratieorientierten bürgergesellschaftlicher Persönlichkeitsbildung bedeuten. Ein entsprechendes Haus würde sich in unterschiedlichen Vermittlungsmedien und -formaten mit Themen wie Konformität, Hilfeverhalten, Ausgrenzung, Solidarität, Gewalt, Gruppendenken, politische Kämpfe, Emanzipation etc. beschäftigen, wobei seine Attraktivität vor allem über die Wahl spielerischer, experimenteller und aktivierender Formen der Vermittlung und Aneignung realisiert würde. Die Designs der Ausstellungsmodule sollten die Anknüpfung an die lebensweltliche Gegenwart der Abnehmerinnen und Abnehmer der Vermittlungsangebote anknüpfen. Daraus folgt notwendig eine Abkehr vom Paradigma der top-down-Pädagogik („Ihr sollt wissen“) zur kooperativen Erarbeitung von Inhalten oder Ausstellungseinheiten. Dies kann über eine Vielfalt von Strategien umgesetzt werden: Diese reichen von der klassischen „Flachware“, also Bild- und Textmedien, die etwa über Anwendungsfälle von Zivilcourage und zivilem Widerstand berichten

(z.B. über Oskar Schindler, Berthold Beitz, Mahatma Gandhi, Martin Luther King, Rosa Park etc.), zugleich aber – etwa mittels computergenerierter Ausbreitungsmuster von Widerstands- oder Bürgerrechtsbewegungen – verdeutlichen, dass es hier nicht um Heroisierungen, sondern um soziale Handlungen mit Impulswirkung geht. Kurz: die Perspektive auf die Öffnung und Nutzung von Handlungsspielräumen kann am Beispiel von Personen erfolgen, muss aber Personalisierungen vermeiden. Dabei ist immer auch die zeitgenössische Perspektive wichtig: Wie werden Umwelt- und Klimaflüchtlinge in der EU behandelt, wie steuern Rechtsstaaten Ausgrenzungsprozessen gegen, wie werden Menschenrechtsverletzungen geahndet, was ist Folter etc.?

Am historischen Fall der nationalsozialistischen Ausgrenzungsgesellschaft kann darüber hinaus dargestellt werden, wie sich die normativen Perspektiven „ganz normaler“ Bürgerinnen und Bürger im Zeitverlauf so verändern können, dass gegenmenschliche Praktiken zunehmend als akzeptabel und alltäglich erscheinen. Alle Einzelschritte des sozialen Ausgrenzungsprozesses der jüdischen Deutschen fanden in der Öffentlichkeit statt, was sich durch entsprechende Ausstellungstechniken eindrücklich darstellen lässt (die etwa die Betrachter per Videotechnik in Zuschauergruppen von antijüdischer Gewalt projizieren). Oder umgekehrt: am Beispiel der Bürgerrechtsbewegung in der DDR lässt sich zeigen, wie, wo und unter welchen Dynamiken sich die Teilnehmerzahlen an den Demonstrationen erhöhten und Widerstandspotentiale sukzessive erweitert wurden.

Starkes Gewicht sollte aber auch der Darstellung gewidmet werden, wie Handlungsspielräume auch unter extremen Bedingungen genutzt werden können – was zum Beispiel an dokumentiertem Helfer- und Retterverhalten während der NS-Zeit verdeutlicht werden kann (und wofür die Gedenkstätte „Stille Helden“ in Berlin Beispiele liefert). Solches Ausstellungsteile können um kleinere Experimente und Planspiele ergänzt werden, die etwa Schülerinnen und Schüler mit Aufgaben in arbeitsteiligen Prozessen konfrontieren, die mit oder ohne Rücksicht auf potentielle Opfer am Ende der Handlungsketten gelöst werden können. Aber auch die Kenntnis von Experimenten wie dem berühmten Gehorsamsexperiment von Stanley Milgram kann das Bewusstsein darüber erhöhen, wie groß das mögliche Handlungsspektrum unter bestimmten Bedingungen ist. Solche Ausstellungsmodule können insgesamt dem Ziel der Erzeugung kognitiver Ressourcen für zivilgesellschaftliches Verhalten dienen.

Das Ganze könnte in summa so interessant und aufregend konzipiert werden, dass der Besuch Erlebnischarakter hat. Gerade jugendliche Besucherinnen und Besucher würden einen solchen bürgergesellschaftlichen Lernort neuen Typs nicht mit dem psychologisch kontraproduktiven Bewusstsein verlassen, mit einer moralischen Botschaft oder gar Verpflichtung ausgestattet worden zu sein, der sie nachzukommen haben, sondern etwas Spannendes über die Menschen, über sich selbst und über die eigenen Handlungsmöglichkeiten erfahren zu haben.

5. Zusammenfassung

Aus sozialpsychologischer Sicht ist grundsätzlich zu sagen, dass die Möglichkeiten der Prävention für die Demokratieförderung abhängig sind von der realen gesellschaftlichen Praxis der Demokratie – mit hin davon, ob ihre expliziten Werte so mit ihren impliziten Praktiken übereinstimmen, dass die Gesellschaftsmitglieder sich mit ihr identifizieren können und zu ihrer Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung beitragen wollen. Insofern weisen die gegenwärtigen Tendenzen zu Angriffen auf die Demokratie und zu autokratischen Verführungen auf Schwächen der Demokratie selbst, insbesondere auf ein zu großes Auseinanderklaffen zwischen Anspruch und Realität sowie auf mangelndes Zukunftsbewusstsein. Die demokratische Moderne wird zu wenig als Entwicklungsprojekt betrachtet, das als solches Zusammenhalt zu stiften in der Lage ist. Präventiv würde vor diesem Hintergrund die Arbeit an der demokratischen Kultur der Gegenwartsgesellschaft selber, vor allem auch an ihrer kommunikativen Praxis sein. Auf politisch-pädagogische Handlungsfelder bezogen fällt schmerzlich das Fehlen bürgergesellschaftlicher Lernorte auf, die jenseits moralisierender Geschichtsbetrachtungen positive Aspekte gelebter demokratischer Praxis sowie ihre zivilisatorischen Errungenschaften vermitteln. Auch die Demokratieförderung muss angesichts veränderter gesellschaftlicher Mentalitäten neue und frische Strategien entwickeln, um insbesondere junge Menschen zu erreichen.

Inhalt

Vorwort der Herausgeber 5

Berliner Erklärung
des 24. Deutschen Präventionstages 9

I. Gutachterliche Stellungnahmen zum 24. Deutschen Präventionstag

Manfred Görtemaker
Demokratieentwicklung und Gefährdungen 27

Harald Welzer
Ein gesellschaftspolitischer Essay zu den heutigen
Notwendigkeiten und Möglichkeiten der
Demokratieförderung 73

Roland Eckert, Coerw Krüger, Helmut Willems
Gesellschaftliche Konflikte und Felder der Prävention 101

Björn Milbradt, Katja Schau, Frank Greuel
(Sozial-)pädagogische Praxis im Handlungsfeld
Radikalisierungsprävention – Handlungslogik,
Präventionsstufen und Ansätze 141

Andreas Beelmann
Grundlagen eines entwicklungsorientierten Modells
der Radikalisierung 181

II. Erklärungen des Deutschen Präventionstages und seiner Veranstaltungspartner

Wiesbadener Erklärung
des 12. Deutschen Präventionstages 213

<i>Leipziger Erklärung</i> des 13. Deutschen Präventionstages	221
<i>Hannoveraner Erklärung</i> des 14. Deutschen Präventionstages	225
<i>Berliner Erklärung</i> des 15. Deutschen Präventionstages	231
<i>Oldenburger Erklärung</i> des 16. Deutschen Präventionstages	237
<i>Münchener Erklärung</i> des 17. Deutschen Präventionstages	243
<i>Bielefelder Erklärung</i> des 18. Deutschen Präventionstages	247
<i>Karlsruher Erklärung</i> des 19. Deutschen Präventionstages	253
<i>Frankfurter Erklärung</i> des 20. Deutschen Präventionstages	261
<i>Magdeburger Erklärung</i> des 21. Deutschen Präventionstages	269
<i>Dresdner Erklärung</i> des 23. Deutschen Präventionstages	277
Autor*innen	283